„So legt man die Leute aufs Kreuz“

SPIEGEL-Redakteur Lutz Spenneberg über die geplante Schließung des Stahl-Walzwerks Wuppermann

Paul Hölper ist in letzter Zeit viel herumgekommen und hat dabei eine Menge prominenter Leute kennengelernt. Er war bei Ministerpräsident Johannes Rau und dessen Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen in Düsseldorf, er hat mit dem Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gesprochen und ist bis ins Kanzleramt vorgedrungen.

Hölper ist Betriebsrat in dem Leverkusener Stahlwerk Theodor Wuppermann GmbH, und er fürchtet um seinen Job. Das Werk soll stillgelegt werden, mehr als 1000 Beschäftigte stünden plötzlich ohne Arbeit da.

Doch Politiker, so lernte der reisende Betriebsrat, sind Menschen wie andere auch – nur noch ein wenig desinteressierter an den Sorgen ihrer Mitmenschen. „Rau hat von der Stahlindustrie keine Ahnung“, fand Hölper nach seinem Besuch in Düsseldorf. Bangemann habe schon nach 15 Minuten nervös auf die Uhr geschaut.



Geschäftsführer Wuppermann
„Langweilig wird es nicht“

Es macht ja auch dauernd irgendwo ein Betrieb zu. Da muß schon die AEG pleite gehen oder Arbed Saarstahl, damit ein Minister wie ein Minister rangeht. Aber wer oder was ist Wuppermann?

Es gab mal einen Heinrich Theodor Wuppermann. Der gründete 1872 ein Unternehmen, das in Schrottöfen Rohstahl für Walzwerke herstellte. Fünfzehn Arbeiter waren damit beschäftigt, das erste Geschäftsjahr schloß mit einer Bilanzsumme von 22 591 Mark und 65 Pfennigen.

Noch im vergangenen Jahr wurde das Unternehmen – in der vierten Generation – von den Wuppermanns geführt, 29 Familienmitglieder besaßen die Aktien. Mit gut 1600 Mitarbeitern wurden 338 Millionen Mark Umsatz gemacht.

Wuppermann walzt Qualitätsstahl mit großer Präzision. Das Produkt ist noch immer gefragt, die Firma nicht mehr.

Im vergangenen Jahr hat der Krupp-Konzern den Wuppermanns das Unternehmen abgekauft. Krupp aber ist gerade dabei, zusammen mit Klöckner die Arbeitsplätze in der Branche zu sichern, indem sie Arbeitsplätze vernichten. Und da ist Wuppermann nur als Opfer vorgesehen.

Neuordnung der Stahlindustrie heißt das Spiel. Die beiden Konzerne wollen ihre Stahlhütten und Walzstraßen zusammenlegen, als Dritter kommt der australische Rohstoffkonzern CRA dazu. Das Tochterunternehmen der britischen Rio-Tinto-Gruppe will Eisenerz im Wert von 525 Millionen Mark und später vielleicht auch Kohle liefern.

Der Staat soll 850 Millionen Mark dazulegen. Und die Wuppermänner verlieren – wie Tausende von anderen Arbeitnehmern bei Krupp und Klöckner – ihre Jobs. Wo es um so große Strategien geht, sind Leute wie Hölper, ein Lohnbuchhalter, nur lästig. Protestmärsche und Podiumsdiskussionen, die der Betriebsratsvorsitzende organisiert, um Stimmung für Wuppermann zu machen, können das Unternehmen ohnehin nicht mehr retten.

Gestandene Gewerkschafter wissen das. Mitte November, bei der Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall in Mannheim, war die Resignation deutlich zu spüren.

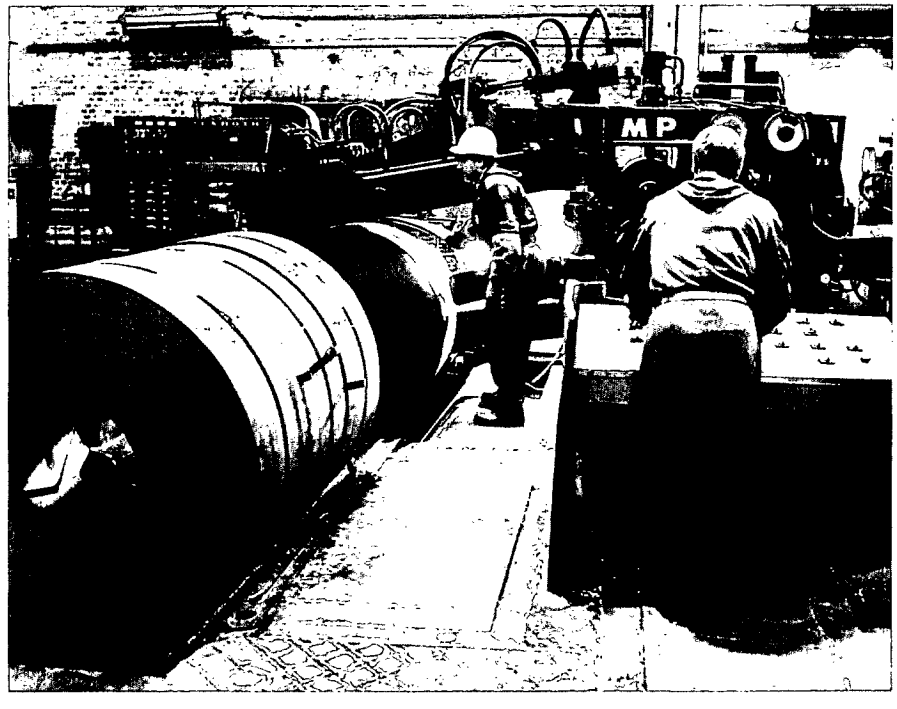
Gemeinsam mit ihren Kollegen von der Georgsmarienhütte, deren Jobs ebenfalls durch die Krupp-Klöckner-Fusion bedroht sind, besetzte eine Hundertschaft von Wuppermann die Bühne des Kongreßsaals. Pflichtschuldig erhoben sich die Delegierten im Saal von ihren Sitzen, rhythmisch-mechanischer Beifall unterstützte die Aktion.

Solidarität war ein paar Minuten lang das entscheidende Wort. Dann trotteten die Protestler gesittet davon, der Kongreß ging zur Tagesordnung über.

Die Stahlindustrie muß schrumpfen. „Weißt du was Besseres?“ pflegt Metaller-Chef Hans Mayr jeden um die Arbeitsplätze bangenden Kollegen zu fragen. Keiner weiß was Besseres. In zehn Jahren haben 75 000 Metaller ihre Arbeitsplätze verloren.

Bis Ende 1985 sollen noch einmal 20 000 Stahlarbeiter entlassen werden. „Aber nicht immer nur bei uns“, meint Fred Rutetzki, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates bei Krupp Stahl in Bochum. „Jetzt sind auch mal andere dran.“ Die Bochumer Belegschaft ist in vier Jahren um die Hälfte auf 6000 Beschäftigte reduziert worden.

Wenn Rutetzki heute aus dem Fenster seines Büros schaut, blickt er auf eine grüne Wiese. Vor ein paar Jahren standen da noch sechs Hochöfen. Im April mußte Krupp die modernste



Produktion bei Wuppermann: Verplant und weggerechnet

Block- und Halbzeugstraße Europas stillegen.

Jeder Betriebsrat ficht zu allererst, ganz klar, für die Interessen seiner Belegschaft. Es sei „schlichtweg unbegreiflich", findet Friedhelm Brandhorst von der niedersächsischen Georgsmarienhütte, „daß ein Stahlwerk mit modernster Technologie und zwei leistungsstarken Walzstraßen geopfert werden soll". Nicht anders argumentieren die Stahlarbeiter bei der Maxhütte in Haidhof bei Regensburg, die ebenfalls Opfer der Krupp-Klöckner-Fusion werden sollen.

Für die Maxhütte streitet Franz Josef Strauß. Der bayrische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende erinnerte den Kanzler schriftlich an eine Koalitionsvereinbarung, die das Überleben der Maxhütte garantiert. Für die Georgsmarienhütte verwendet sich der niedersächsische Regierungschef Ernst Albrecht. Betriebsratsvorsitzender Brandhorst ist CDU-Mitglied, sein Stellvertreter Hermann Sandkämper sitzt sogar für die Union im Landtag.

Doch die Wuppermänner sind übel dran. Ihr Ministerpräsident Rau (SPD) möchte im Mai die Landtagswahlen gewinnen, und da sind ihm die Konzernbetriebe im Ruhrgebiet wichtiger als das kleine Werk in Leverkusen.

Jetzt rächt sich, daß Hölper und seine Kollegen in Leverkusen sich auch nur selten für die Kollegen in anderen Betrieben stark gemacht haben. Als Krupp vor wenigen Monaten in Werdohl eine Walzstraße schloß und die Produktion nach Leverkusen verlegte, waren die Leverkusener ganz still, so wie jetzt die Metaller bei Krupp und Klöckner.

Das sah ja zunächst auch alles sehr gut für Wuppermann aus. Die Walzstraße läuft derzeit rund um die Uhr. Neue Leute, mindestens 25, müßten eingestellt werden, soviel Aufträge sind für das nächste Jahr da.

Und dennoch: Ohne Wuppermann macht der Mutterkonzern Krupp Stahl das bessere Geschäft. Alfons Gödde, Vorstandsvorsitzender der Krupp Stahl AG, hat es Hölper genau vorgerechnet.

Wenn die Aufträge von Wuppermann auf die Walzstraßen von Krupp und Klöckner in Bochum und Bremen umgeleitet würden, so Gödde, wären die Anlagen dort natürlich besser ausgelastet. Das spart rund 200 Mark pro Tonne – zehn Millionen im Monat. Soviel kann Wuppermann niemals abwerfen.

Ganz logisch ist Göddes Rechnung dennoch nicht. So einfach nämlich können die Flachstahl-Bänder, die in Leverkusen gefertigt werden, in Bremen oder Bochum gar nicht gewalzt werden. Bei Wuppermann steht eine Walzstraße mittlerer Breite, für Bänder bis 60 Zentimeter. Davon aber, so haben Wuppermann-Experten berechnet, könnten allenfalls 14 Prozent auf den Breitbandstraßen von Krupp und Klöckner verarbeitet werden.

Doch technische Fragen dieser Art können ebenso wie die Sorge der betroffenen Arbeitnehmer in den Konzernstrategien nur als lästige Gedankensplitter eine Rolle spielen. Krupp-Chef Gödde erwartet in diesem Jahr etwa 60 Millionen Mark Verlust. Davon muß er runter.

Die Stahlmanager in der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben keinen großen Spielraum mehr. Überleben heißt rationalisieren. Erfolgreich ist, wer fleißig Hütten und Walzstraßen schließt. Dafür gibt es sogar Prämien vom Staat.

Eine Marktordnung soll die EG-Länder zum Abbau ihrer hochsubventionierten Stahlindustrie zwingen. Die Kommission in Brüssel diktiert die Preise, alle Vierteljahr teilt sie überdies jedem Unternehmen eine bestimmte Produktionsmenge zu. Und diese Quoten sind Geld wert, weil übertragbar.

Auch bei Wuppermann geht es darum. Jahrelang hatte die Familie versucht, ihr Walzwerk loszuwerden. Doch niemand mochte in Stahl investieren. Dann fand sich plötzlich, im Februar 1983, ein Interessent. Klöckner-Chef Herbert Gienow war an der Wuppermannschen Produktionsquote interessiert, die Walzstraße wollte er sofort schließen.

Klöckner hatte lange schon mehr produziert, als Brüssel dem Unternehmen gestatten wollte, und sich deshalb 160 Millionen Mark Buße eingehandelt. Mit Wuppermanns Hilfe wollte Gienow die Affäre wenigstens teilweise bereinigen. Dafür bot er der Familie 72 Millionen Mark.

Den Zuschlag erhielt allerdings schließlich Gienows Konkurrent Gödde von Krupp Stahl für 58,5 Millionen Mark. Gödde sagte in einem notariellen Vertrag zu, das Unternehmen „an seinem Standort in Leverkusen fortzuführen (. . .) und damit eine möglichst große Anzahl von Arbeitsplätzen zu erhalten".

Doch wie das so ist im Kräftespiel ungleicher Parteien: Auch ein zweieinhalbseitiges „Unternehmenskonzept", das Gödde Blatt für Blatt abzeichnete, blieb ebenso wie der notarielle Vertrag nur eine bloße Absichtserklärung.

„Täuschung" nennt der Betriebsratsvorsitzende Hölper das. „So legt man die Leute aufs Kreuz."

Die Familie Wuppermann kann damit leben. Sie betreibt noch eine Stahlhandelsfirma, außerdem müssen ja die Krupp-Millionen angelegt werden.

Mit 55 Jahren braucht sich Gustav Theodor Wuppermann, der bislang noch im ehemaligen Familienbetrieb als Geschäftsführer arbeitet, keine Sorgen um die Zukunft zu machen. „Langweilig", so glaubt er, „wird es nicht."



Betriebsrat Hölper: „Rau hat keine Ahnung"

Für die meisten Arbeitnehmer des Werkes sieht es schlechter aus. Verplant von einer übernationalen Bürokratie, einfach weggerechnet von den Betriebswirten in den Konzernen, werden viele von ihnen bald nur noch vom Arbeitslosengeld leben können.

Auch ihr Betriebsratsvorsitzender, der so viel umhergereist ist und für die Firma so wacker gefochten hat, ist persönlich betroffen. Wenn das Walzwerk nächstes Jahr schließt, wird nicht nur Hölper selbst arbeitslos, auch Frau und Tochter verlieren ihre Jobs bei Wuppermann.

Mit 44 Jahren wird Hölper kaum noch eine Arbeit finden, als früherer Betriebsratsvorsitzender schon gar nicht. „So was wie mich", meint Hölper, „holt sich doch niemand ins Nest." ◆